



Blickpunkt Brüssel



Europäisches Denken in Deutschland

Simon Braun

März
2015



Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	S. 2
II. Ideen- und Nationalgeschichte	S. 2
1. Der Reichsmythos, das Heilige Römische Reich und der Deutsche Bund.....	S. 2
2. Der Bismarckstaat und die NS-Diktatur.....	S. 2
3. Der Untergang des deutschen Nationalstaates 1945 und die Delegitimierung des Nationalismus.....	S. 3
4. Die Ausbildung eines bundesrepublikanischen Selbstverständnisses.....	S. 4
5. Staatliches Selbstverständnis in der DDR.....	S. 5
6. Die Wiedervereinigung.....	S. 5
7. Normalisierung im wiedervereinigten Deutschland.....	S. 6
8. Eurokrise und Rückkehr der deutschen Frage.....	S. 7
III. Fazit	S. 8



I. Einleitung

Seit ihrem Beginn gilt die Bundesrepublik als der Motor der europäischen Einigung, die Deutschen als Musterschüler Europas. Auch in der gegenwärtigen Eurokrise wird die Bundeskanzlerin und damit Deutschland als der wichtigste politische Akteur wahrgenommen.

Die europäische Einigung war und ist für Deutschland von besonderer Bedeutung, und zwar noch in größerem Maße als für andere europäische Staaten wie etwa Frankreich oder Großbritannien. Der Grund hierfür liegt zum einen in der geostrategischen Mittellage Deutschlands. Zum anderen aber gerade auch in der politischen Ideen- und Nationalgeschichte Deutschlands. So war die Bildung eines deutschen Nationalstaates stets eine europäische Frage. Schien die „deutsche Frage“ mit der Wiedervereinigung 1990 endgültig beantwortet zu sein, so stellt sie sich seit der Eurokrise von neuem.

II. Ideen- und Nationalgeschichte

1. Der Reichsmythos, das Heilige Römische Reich und der Deutsche Bund

Das europäische Denken findet in Deutschland seinen Ursprung im Reichsmythos. Nach diesem Mythos war das Römische Reich im Jahre 800 mit der Kaiserkrönung Karls des Großen auf die Franken und damit die Deutschen übertragen worden. Nach diesem Verständnis gab es nur ein Reich, nämlich das deutsche.¹ Folglich war das „Reich“ auch kein Nationalstaat; es war mehr als das, nämlich universal.² Auf Grund seiner theologischen Aufladung entwickelte der Reichsgedanke ein geschichtliches Sendungsbewusstsein für das europäische Abendland.³

Der Deutsche Bund von 1815 bis 1866 war ebenso wenig wie das Heilige Römische Reich Deutscher Nationen kein (National-)Staat. Die beiden größten Einzelstaaten, Preußen und Österreich, waren multinationale und multiethnische, eben europäische Staaten. Auch Preußen stand zunächst in scharfer Opposition zur deutschen Nationalbewegung und hatte keine nationale sondern eine politische Identität.⁴

2. Der Bismarckstaat und die NS-Diktatur

Erst 1871 erhielten die Deutschen ihren Nationalstaat und damit sehr viel später als beispielsweise Frankreich oder Großbritannien. Das Bismarckreich war ein klassischer

¹ Bosbach/Hiery (Hrsg.), Imperium, Empire, Reich. Ein Konzept politischer Herrschaft im deutsch-britischen Vergleich.

² Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 646.

³ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 646.

⁴ Clark, Preußen, Aufstieg und Niedergang, S. 14.



Nationalstaat mit nationaler Identität. Insofern stellte das Deutsche Reich ein Novum in der deutschen Geschichte dar. Denn auch wenn sich seine Gründer auf das Heilige Römische Reich beriefen, so ist eine Kontinuität jedenfalls in Hinblick auf das nationale Selbstverständnis und die „kleinedeutsche Lösung“ unter Ausschluss Österreichs zu verneinen.

Erst die Nationalsozialisten integrierten die Reichsidee wieder in ihre nationalistische Ideologie. Das geschichtliche Sendungsbewusstsein des „Dritten Reiches“ fußte im Wesentlichen auf dem Reichsmythos und nahm in Hinblick auf die „Verteidigung des europäischen Abendlandes gegen den Bolschewismus“ auf diesen konkreten Bezug.⁵

3. Der Untergang des deutschen Nationalstaates 1945 und die Delegitimierung des Nationalismus

Mit dem Zusammenbruch des nationalistischen und rassistischen NS-Regime endete die deutsche Nationalgeschichte in einer Katastrophe. 1945 war aber nicht nur das nationalsozialistische Deutschland, sondern auch der 1871 gegründete bismarcksche Nationalstaat untergegangen.

Der 1949 gegründete westdeutsche Teilstaat war kein Nationalstaat, da er über die deutsche Bevölkerung in Ostdeutschland keine Herrschaftsgewalt ausübte. Eine Wiederherstellung der staatlichen Einheit rückte im Rahmen des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts in immer weitere Ferne.

Mitte der fünfziger Jahre schalteten sich katholische Konservative in den Diskurs um die Wiedervereinigung ein um einer Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates eine Absage zu erteilen. Der Redakteur des „Rheinischen Merkur“, Paul Wilhelm Wenger, erklärte ebenso wie der Philosoph Karl Jaspers die nationalstaatliche Entwicklung Europas seit 1789 insgesamt zum Irrweg, den deutschen Nationalstaat von 1871 für historisch erledigt.⁶ Eine Überwindung der deutschen Teilung war ihrer Meinung nach nur im Rahmen einer europäischen Einigung möglich; Deutschland sollte sich in Europa auflösen. Dem delegitimierten Nationalismus setzte er damit ein neues, verheißungsvolles Identitätsangebot entgegen.

In seiner Europakonzeption nahm Wenger ausdrücklich auf den Deutschen Bund von 1815 bis 1866 und das Heilige Römische Reich Bezug; gleichzeitig konnten sein Identitätsangebot aber auch frühere Nationalsozialisten annehmen; sie fühlten sich durch die Gegnerschaft zum Kommunismus an die deutschen Europaparolen aus dem

⁵ Bosbach/Hiery (Hrsg.), Imperium, Empire, Reich. Ein Konzept politischer Herrschaft im deutsch-britischen Vergleich.

⁶ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 172 ff.



Zweiten Weltkrieg erinnert.⁷

Daneben erschienen diese Vorstellungen wie der intellektuelle Überbau der Politik Adenauers, welche der Integration des westdeutschen Teilstaates in die westliche Staatengemeinschaft gegenüber einer nationalen Wiedervereinigung klar den Vorrang einräumte. Mit dem Selbstverständnis der Bundesrepublik, wie es sich in der Präambel des Grundgesetzes niederschlug, waren diese Vorstellungen indes nicht zu vereinnahmen.⁸ Dieses beanspruchte Geltung für ganz Deutschland und verpflichtete die Politik vor der europäischen Einigung auf die Wiederherstellung der nationalstaatlichen Einheit. Parteipolitischer Träger des Staatsziels der Wiedervereinigung war die oppositionelle Sozialdemokratie, welche die Adenauersche Politik der Westintegration anfänglich ablehnte, da sie nur um den Preis der Aufgabe der nationalen Einheit zu haben war.

4. Die Ausbildung eines bundesrepublikanischen Selbstverständnisses

In den fünfziger Jahren riefen die postnationalen Äußerungen noch überwiegend Widerspruch hervor. Nach dem Bau der Berliner Mauer im Jahre 1961, welcher die nationale Teilung zementierte, wandelte sich das staatliche Selbstverständnis der Bundesrepublik jedoch zunehmend. Mit der faktischen Zweistaatlichkeit verlor der Geltungsanspruch des Grundgesetzes für ganz Deutschland ebenso an Legitimität wie die Politik der Bundesregierung, welche die Existenz der DDR leugnete.

Im Sommer 1967 löste der Publizist Burghard Freudenfeld mit einem Aufsatz in der katholischen Zeitschrift „Hochland“ eine Diskussion aus, welche später als „Hochland-Debatte“ bezeichnet wurde. Freudenfeld vertrat darin die Ansicht, die Bundesrepublik müsse sich von ihrer nationalen Lebenslüge verabschieden und dürfe sich selbst nicht mehr als Provisorium betrachten.⁹ Da die Bundesrepublik die Qualität eines Nationalstaates nicht habe könne sie ihre Identität nicht national sondern nur politisch begründen. Diese Identität sei aus der deutschen Geschichte und damit antifaschistisch zu begründen.¹⁰

In der Tat bildete sich in den folgenden Jahrzehnten in der Bundesrepublik eine post-nationale Identität aus, für welche die nationalsozialistische Vergangenheit konstitutiv

⁷ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 172 ff.

⁸ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 174.

⁹ Stachura, Zwischen nationaler Identität und Verfassungspatriotismus: Deutungsmuster der politischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1972-1989, Politische Vierteljahresschrift, 46. Ausgabe, Juni 2005, S. 288 ff.

¹⁰ Stachura, Zwischen nationaler Identität und Verfassungspatriotismus: Deutungsmuster der politischen Gemeinschaft in der Bundesrepublik Deutschland 1972-1989, Politische Vierteljahresschrift, 46. Ausgabe, Juni 2005, S. 288 ff.



war. Der 20. Juli 1944 wurde insofern zum Gründungsmythos der Bundesrepublik, indem der Widerstand gegen Hitler als Vorleistung auf dem Weg zur Schaffung des Grundgesetzes betrachtet wurde. Der Philosoph Jürgen Habermas hat für dieses staatliche Selbstverständnis den Begriff „Verfassungspatriotismus“ geprägt.

Der Wandel des staatlichen Selbstverständnisses stellte in Hinblick auf die Idee der europäischen Integration eine entscheidende Zäsur dar. Mit der Abkehr vom Ziel eines deutschen Nationalstaates trat das Staatsziel der europäischen Einigung endgültig in den Vordergrund. Daneben wurde die europäische Integration von nun an auch nicht mehr als Gegensatz zur deutschen Wiedervereinigung angesehen, sondern als ihre unerlässliche Voraussetzung. Die deutsche Frage sollte „europäisiert“ werden; eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten sei nicht auf nationaler sondern nur auf supranationaler Ebene im Rahmen einer europäischen Konföderation möglich und erstrebenswert.

Auf Grund ihres nichtnationalen Selbstverständnisses und des Umstandes, dass die europäische Einigung in Hinblick auf die Lösung der deutschen Frage als existentiell empfunden wurde, wurde die Bundesrepublik zum Vorreiter der europäischen Idee. Sie bildete insofern gar ein neues europäisches Sendungsbewusstsein aus, beziehungsweise knüpfte vielmehr an die frühere deutsche Sendung an.

5. Staatliches Selbstverständnis in der DDR

In der DDR bildete sich in den siebziger Jahren die Theorie von den zwei deutschen Nationen heraus, einer kapitalistischen und einer sozialistischen.¹¹ In ihrer Abgrenzung zur nationalsozialistischen Vergangenheit Deutschlands und ihrem Bekenntnis zum kommunistischen Internationalismus war die Identität der DDR in noch viel stärkerem Maße politisch-ideologisch geprägt als die der Bundesrepublik.

6. Die Wiedervereinigung

Das Wendejahr 1989/90 stellte diese Identität massiv in Frage, weshalb es innenpolitisch zu einer großen Kontroverse kam. Habermas sah durch eine Wiedervereinigung die politisch-intellektuellen Errungenschaften der Bundesrepublik in Gefahr. Die nationale Identität eines wiedervereinigten Deutschlands, welche sich über Sprachgemeinschaft, Kultur und Gesichte definierte, gefährdete das postnationale Selbstverständnis der Bundesrepublik und deren supranationale Orientierung.¹²

¹¹ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 563.

¹² Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 563.



Der saarländische Ministerpräsident und sozialdemokratische Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine lehnte eine deutsche Wiedervereinigung, welche vor und unabhängig von der politischen Einigung Europas erfolgte, ab. Lafontaine hielt den Nationalstaat im Allgemeinen und den deutschen im Besonderen für geschichtlich überholt.¹³ Für Lafontaines war es geradezu widersinnig, in dem gegenwärtigen Transformationsprozess, in dem nationalstaatliche Kompetenzen zunehmend auf die europäische Gemeinschaft übertragen wurden, einen deutschen Nationalstaat zu errichten.

Lafontaine war sich mit dem Schriftsteller und späteren Literaturnobelpreisträger Günter Grass darin einig, dass eine Konföderation der beiden deutschen Staaten einem nationalen Einheitsstaat vorzuziehen sei. Ihrer Meinung nach hätte dies nicht nur die föderalistische Tradition Deutschlands nahegelegt, sondern auch den Grundstein für eine zukünftige europäische Konföderation gelegt.¹⁴

Tatsächlich stand die Restauration eines klassischen, souveränen Nationalstaates, wie es das Bismarckreich von 1871 gewesen war, 1990 überhaupt nicht zur Debatte, sondern nur ein in die europäische Gemeinschaft fest integrierter, eben postklassischer Nationalstaat. So wurde der deutsche Nationalstaat zeitgleich mit seiner Wiederherstellung relativiert, indem er Hoheitsrechte an die Europäische Union abgab.

Anders wäre dies auch nicht möglich gewesen; Briten und Franzosen hatten der Wiedervereinigung nur unter der Bedingung einer weiteren Einbindung Deutschlands in Europa, namentlich einer gemeinsamen Währungsunion zugestimmt. Denn die Angst vor einem mächtigen Deutschland war den europäischen Nachbarn nur durch einen Verzicht auf die Mark als dem Symbol der deutschen Wirtschaftsmacht zu nehmen. Die Wirtschafts- und Währungsunion sollte das wirtschaftliche Übergewicht Deutschlands neutralisieren.¹⁵

7. Normalisierung im wiedervereinigten Deutschland

Das Ende des Ost-West-Konfliktes hatte die rechten und linken Theorien vom Ende des Nationalstaates widerlegt; der Zusammenbruch des supranationalen Sowjetreiches führte in Mittel- und Osteuropa zu einer Renaissance des Nationalstaates. Daneben war das postnationale Selbstverständnis den westeuropäischen Nachbarn ebenso fremd wie es eine entsprechende Vorstellung von Europa. Die Deutschen mussten daher ein realistisches Verhältnis zum deutschen Nationalstaat und zum Nationalstaat überhaupt entwickeln.

¹³ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 527.

¹⁴ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 538, 605.

¹⁵ Winker, Der lange Weg nach Westen, Deutsche Geschichte II, S. 526



Mit der Wiedervereinigung endete in Deutschland auch die Nachkriegszeit endgültig. In der Folge ließen die Deutschen auch ihre Vergangenheit ein Stück weit hinter sich und entwickelten sich zu einer normaleren und selbstbewussteren Nation.¹⁶ In diesem Zusammenhang sind sicherlich die Auslandseinsätze der Bundeswehr im Kosovo 1999 und in Afghanistan 2001 sowie die außenpolitische Emanzipation von den USA im Irak-Konflikt zu nennen.

8. Eurokrise und Rückkehr der deutschen Frage

Die Wiedervereinigung schien die Jahrhunderte alte deutsche Frage beantwortet zu haben. In Einheit und Freiheit hatten die Deutschen ihren Platz in der europäischen Staatengemeinschaft gefunden. Die Eurokrise 2010/11 stellte diese Gewissheit erneut in Frage und führte zu einer Rückkehr der deutschen Frage, nämlich der Frage nach der äußeren Verfassung Deutschlands in Europa.¹⁷

Eben diese Integration Deutschlands in Europa war 1990 bereits der Kern der Diskussion um die Wiedervereinigung gewesen; der Widerstand der Linken gegen die Wiedervereinigung zielte im Wesentlichen auf die Ablehnung eines klassischen deutschen Nationalstaates ab. Stand ein solcher 1990 aber in Wirklichkeit überhaupt nicht zur Debatte, so würde ein Austritt Deutschlands aus der Währungsgemeinschaft nun genau eine solche Hinwendung zu einem souveränen Nationalstaat bedeuten. Ein Austritt Deutschlands aus dem Euro würde eben jenen Anachronismus bedeuten, welchen Lafontaine und die Linken irrtümlicherweise durch die Wiedervereinigung befürchtet hatten. Die Wiederkehr dieser Furcht führte in den europäischen Nachbarstaaten zu antideutscher Ressentiments, wie es sie seit Jahrzehnten nicht mehr gegeben hatte.

Seit der Eurokrise gibt es in Deutschland auch einen parteipolitischen Träger dieses Anachronismus. War die Europäische Integration in der Geschichte der Bundesrepublik bisher parteipolitischer Konsens gewesen und hatte die unterschiedlichen politischen Strömungen von Rechts bis Links sogar integrieren können, so hat sich mit der Alternative für Deutschland (AfD) erstmals eine politische Programmpartei etabliert, welche sich gegen die (weitere) europäische Einigung wendet.

Ein Austritt Deutschlands aus der Währungsunion, wie ihn die AfD propagiert, würde zu einer wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands führen, welche die europäische Union auf lange Sicht zerstören würde.¹⁸ Nur Deutschland besitzt die Macht, eine weitere Integration durchzusetzen, da seine enorme Wirtschaftskraft für den gemeinsamen

¹⁶ Simms, Kampf um Vorherrschaft, Eine deutsche Geschichte Europas, S. 718.

¹⁷ Simms, Kampf um Vorherrschaft, Eine deutsche Geschichte Europas, S. 718.

¹⁸ Simms, Kampf um Vorherrschaft, Eine deutsche Geschichte Europas, S. 718.



Markt und den Euro von zentraler Bedeutung ist. Die politische Willensbildung in Deutschland ist daher für das Schicksal Europas von entscheidender Bedeutung

III. Fazit

Die Beschäftigung mit der AfD wirft die grundsätzliche Frage auf, was für ein Europa wir wollen und was Europa uns wert ist.

Die rechten und linken Absagen an den Nationalstaat in der alten Bundesrepublik waren sicherlich verfrüht. Der Nationalstaat bleibt bis auf weiteres der entscheidende politische Akteur; nicht zuletzt auch in Hinblick auf seine demokratische Legitimation und Legitimität.

Unstreitig ist jedoch, dass in einer globalisierten Welt zahlreiche Probleme nicht mehr allein auf nationaler Ebene zu lösen sind, es vielmehr supranationaler Entscheidungen und Institutionen bedarf. Auf Grund seiner geopolitischen Mittellage und seiner Geschichte ist die europäische Einigung für Deutschland von zentraler Bedeutung. Auch in Hinblick auf seine föderalistische Tradition ist Deutschland gegenüber der europäischen Idee besonders aufgeschlossen. Die deutschen Einzelstaaten waren Jahrhunderte lang in supranationalen, europäischen Konföderationen eingebunden, sie hatten keine nationale, sondern eine politische Identität. Eine deutsche Nationalbewegung hat es erst mit Beginn des 19. Jahrhunderts und damit sehr spät gegeben. Einen deutschen Nationalstaat hat es noch später gegeben, nämlich 1871. Der Nationalsozialismus hat den Nationalismus in Deutschland grundsätzlich delegitimiert. Die alte Bundesrepublik und die DDR waren keine Nationalstaaten, auch sie hatten eine politische Identität; im Westen postnational, im Osten internationalistisch. Auch eine europäische Identität kann nur eine politische Identität sein; orientiert an den Grundwerten von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Föderalismus und Sozialstaatlichkeit.

Die europäische Einigung ist eine Geschichte von Krisen. Ihr Ursprung ist die größte Krise des alten Kontinents, politische und wirtschaftliche Krisen waren stets die Triebfeder der europäischen Einigung. Auch in ihrer gegenwärtigen Krise, der vielleicht schwersten Krise in der Geschichte der europäischen, steht Europa an einem Scheidepunkt. Es stellt sich die Frage, ob die EU weiterhin eine zeitgenössische Form des Heiligen Römischen Reiches sein wird, welches die Europäer in die Lage versetzt, miteinander auszukommen, aber zu effektivem gemeinsamen Handeln unfähig ist, oder nach dem Vorbild der Vereinigten Staaten eine politische Union mit einem starken Parlament und demokratisch legitimierten Zentralinstitutionen.¹⁹

¹⁹ Simms, Kampf um Vorherrschaft, Eine deutsche Geschichte Europas, S. 722.